

Die „Weiberich-Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Preis vierteljährlich 1 R. 26 Pfg., zweimonatlich 84 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie die Agenten nehmen Bestellungen an.

# Weiberich-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadtrathe zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Inserate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Tabellarische und complicirte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingeliefert, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.

Nr. 81.

Sonnabend, den 14. Juli 1883.

48. Jahrgang.

## Politische Wochenschau.

**Deutsches Reich.** Die diesjährige Sommer- und Badereise unsers Kaisers nähert sich ihrem letzten Abschnitt, der Nachkur in Gastein. Derselben geht der Aufenthalt auf der Bodensee-Insel Mainau voran, woselbst der Kaiser in Begleitung der großherzoglich badischen Herrschaften am Dienstag Nachmittag eingetroffen ist. Der hohe Herr geniest hier bis zum 15. Juli zu verweilen; am 16. Juli sieht man seiner Ankunft in Gastein entgegen. — In der Politik herrscht jetzt die sommerliche Ferienstille in ihrem vollen Umfange und es hat auch nicht den Anschein, als ob dieselbe durch große und unerwartete Ereignisse unterbrochen werden sollte. Ernste Verwickelungen zwischen den europäischen Staaten sind nicht zu befürchten, wenn es auch hier und da an mancherlei kleinen Reibungen nicht fehlt, welche indessen zu jeder Zeit vorkommen pflegen. Ungelöst steht noch der Konflikt zwischen Frankreich und China wegen Tonkin da, und über dessen schließlichen Ausgang läßt sich noch nicht das Geringste mit Sicherheit vorhersagen; ein französisch-chinesischer Krieg würde aber für diejenigen Staaten, welche beim Handelsverkehr mit China am meisten theilhaftig sind — darunter in erster Linie England und Deutschland — schwere Nachteile im Gefolge haben und es steht daher zu hoffen, daß die europäische Diplomatie die Differenzen zwischen Frankreich und China noch zu schlichten wissen wird. Ein Feld gemeinsamer Arbeit haben die europäischen Regierungen in der Bekämpfung der von Egypten her drohenden Choleraepidemie gefunden und sind allerwärts umfassende Anstalten getroffen, um den unheimlichen Gast von den Küsten Europas fern zu halten. Auch die preussische Regierung hat für ihre Häfen geeignete Maßregeln gegen die Einschleppung der Cholera angeordnet, wobei es seltsam berührt, daß von einem gleichen Vorgehen der übrigen deutschen Seestaaten noch nichts bekannt ist; hoffentlich erfolgt in dieser Angelegenheit bald die recht wünschenswerthe Aufklärung. — Auf dem Gebiete unserer inneren Politik spielen die Erörterungen über die jüngste Note des Kardinalstaatssekretärs Jacobini und über den hierdurch veranlaßten gereizten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen die Kurie noch immer die Hauptrolle. Die klerikalen Organe sprechen sich über den erwähnten Artikel sehr entrüstet aus und fragen, wie die „Germania“ es gethan, ob eine derartige Sprache gegenüber einer Macht, bei welcher Preußen einen Verbündeten unterhält, denn am Plage sei. Die konservativen Blätter sind augenscheinlich in Verlegenheit, wie sie sich Angesichts dieser entschlossenen Sprache eines der Regierung nahe stehenden Organs verhalten sollen, da sie es weder mit der Linken, noch mit der Kurie und dem Zentrum zu verzerben wünschen; die liberale Presse giebt meistens der pessimistischen Stimmung Ausdruck, welche in liberalen Kreisen bezüglich des gegenwärtigen Standes der kirchenpolitischen Frage herrscht.

**Oesterreich-Ungarn.** Das Wiener Kabinet hat einen nicht unbedeutenden diplomatischen Erfolg zu verzeichnen. Nach einem allerdings starken Druck von Wien her hat sich die rumänische Regierung dazu bequemt, Oesterreich die verlangte vollständige Genugthuung in der Angelegenheit des Senators Gradiscanu zu geben. Es ist dies in Form einer Note geschehen, in welcher das Bukarester Kabinet die Tendenzen, wie sie sich in der Jassyer Banfretrede Gradiscanus offenbaren, verurtheilt und erklärt, keine Agitation dulden zu wollen, welche gegen die Ruhe und Sicherheit der Nachbarstaaten gerichtet sei. Hiermit ist der jüngste österreichisch-rumänische Zwischenfall nach den Wünschen der österreichischen Regierung erledigt, trotzdem wird dieselbe gut thun, alle Vorgänge in dem rumänischen Nachbarreiche auch fernerhin genau zu überwachen, denn daß man hier der habsburgischen Doppelmonarchie

gerade nicht die freundlichsten Bestimmungen entgegenbringt, ist klar. — Die Tisza-Eszlaer Prozeßsaffaire spinnt sich anscheinend bis ins Unendliche fort und fördert noch immer mancherlei für die ungarische Justizpflege bedenkliche Dinge zu Tage; vorläufig läßt sich das Ende des Prozeßes noch nicht im Mindesten absehen. — Kaiser Franz Josef wohnte am Dienstag in Marburg (Steiermark) der Enthüllung des Legethofs-Denkmals bei und setzte sodann die Reise nach der südlichen Steiermark fort; am Mittwoch wurde der Herrscher in Laibach, der Hauptstadt von Krain, erwartet.

**Frankreich.** In Frankreich steht der politische Barometer auf Sturm. Die Mißerfolge des Kabinetts Ferry in der auswärtigen Politik und seine bedenklichen finanziellen Operationen haben in der Kammer eine tiefe Verstimmung gegen das Ministerium hervorgerufen, die allem Anschein nach in den Debatten, welche noch in dieser Woche über die mit den großen Eisenbahn-Gesellschaften abgeschlossenen Verträge stattfinden werden, zum Durchbruch kommen wird. Dem Vernehmen nach ist in der Deputirtenkammer eine Koalition in der Bildung begriffen, welche aus den Republikanern, die Gegner der Eisenbahnverträge sind, ferner den Monarchisten und sonstigen dem gegenwärtigen französischen Kabinet feindlichen Elementen bestehen wird. Falls es dieser Koalition gelingt, die Eisenbahn-Konventionen zu Falle zu bringen, so ist der Rücktritt des Ministeriums Ferry unvermeidlich, was aber dem republikanischen Regime in Frankreich in Anbetracht des Umstandes, daß auf der einen Seite die Ultraradikalen immer energischer auftreten, während andererseits der Deleanismus wieder kühner sein Haupt erhebt, schwerlich zum Vortheile gereichen würde. — Die französische Deputirtenkammer hat am Dienstag anlässlich der Interpellation über die Tonkin-Angelegenheit mit 371 gegen 82 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, welche das Vertrauen auf die Festigkeit und Klugheit der Regierung in der auswärtigen Politik ausspricht.

**England.** Das parlamentarische Leben in England pulst zur Zeit nur sehr langsam und nur dann und wann nehmen die Verhandlungen des Parlaments eine lebhaftere Färbung an. Hervorzuheben ist aus der Dienstagsitzung des Unterhauses die Erklärung des Präsidenten des „Local Government Board“ Dille, daß die englische Regierung diesmal keine Quarantaine gegen die Cholera beabsichtige und zwar, weil — sich diese Maßregel in den Jahren 1832 und 1833 als wirkungslos erwiesen habe! Eine eigenthümliche Anschauung, der es Europa vielleicht noch zu verdanken hat, daß sich die Cholera trotz aller Anstrengungen der übrigen Regierungen noch den Weg nach Europa bahnt.

**Rußland.** Zum ersten Male seit den Tagen der Moskauer Kaiserkrönung hat sich Czar Alexander III. wieder öffentlich gezeigt. Es war dies am vergangenen Dienstag, an welchem Tage der Kaiser in Kronstadt über das russische Ostseegeschwader eine Revue abhielt, der auch die Kaiserin beizuhnte, und zu welcher 10 Kriegsschiffe versammelt waren. Der Kaiser besichtigte zunächst das Admiralschiff „Africa“, hierauf die von ihrer Dzeanreise hierher zurückgekehrten Kriegsfahrzeuge und endlich den Klipper „Strelot“, welcher im Begriff steht, eine längere Reise anzutreten. Kurz nach 5 Uhr ließ der Kaiser dem gesammten von ihm besichtigten Geschwader seinen Dank signalisiren und kehrte hierauf mit der Kaiserin nach der Sommer-Residenz Peterhof zurück.

**Egypten.** Die mit großer Regelmäßigkeit aus Egypten eintreffenden „Cholera-Telegramme“ lassen erkennen, daß die Epidemie an ihrem Hauptherde Damiette endlich in der Abnahme begriffen ist, während sie an andern Orten Unter-Egyptens jetzt größere Opfer fordert. Auch in Alexandrien ist ein Todesfall vorgekommen. Die Nachricht, daß die Cholera in

Swatow (China) aufgetreten sei, wird von englischer Seite für unbegründet erklärt.

## Zur Kirchenfrage.

Wie wenig die beiden Gegner im Kirchenstreite (Preußen und der Vatikan) sich noch dem Friedensschlusse genähert haben, dazu liefern die Auslassungen der beiderseitigen Organe nur ein zu drastisches Beispiel. Zunächst muß hervorgehoben werden, daß der durch die letzte zum Gesetz erhobene kirchenpolitische Vorlage dokumentirten entgegenkommenden Haltung der preussischen Regierung im Vatikan nicht die rechte Würdigung zu Theil geworden ist, denn die jüngste Note des Kardinalsekretärs Jacobini hatte als hauptsächlichste Kritik für die kirchenpolitische Vorlage des Labels, weil die preussische Regierung das Versicherungswort auf eigne Faust betreibe. Darauf hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Organ des Fürsten Bismarck, sehr scharf erwidert, daß diese Jakobinische Note sehr unzeitgemäß gekommen sei und besser ungeschrieben geblieben wäre, denn die päpstliche Diplomatie habe damit nur gezeigt, daß sie das Bedürfnis habe, in den Augen der preussischen Katholiken den Schritt, den der König von Preußen zum Frieden gethan habe, in seinem Werthe herabzudrücken. Es sei dies eine veraltete diplomatische Kunst des Vatikan und eine anspruchsvolle Kritik, welche keine andere Wirkung haben könnte, als Preußen von weiterem Entgegenkommen abzuschrecken, denn ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit, die römische Kurie befriedigen zu können, liege vor.

Auf diese Zurechtweisung sind nun von klerikaler Seite Antworten gefolgt, welche rückhaltslos zeigen, wie Recht alle diejenigen haben, welche einen dauernden und aufrichtigen Frieden mit der römischen Kurie überhaupt unmöglich halten, da diese mit nackten Worten die Unterwerfung des preussischen Staates verlangt und in dieser Forderung dreister denn je ist. Das mit der päpstlichen Kurie in engster Fühlung stehende „Journal de Rome“ sagt zu dem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung: „Wenn der Artikel eine Drohung gegen den Vatikan sein sollte, so sei dieselbe vergeblich. Der Papst könne nicht zum Schaden der kirchlichen Rechte die Staaten begünstigen und die preussische Regierung biete nur ein theilweises Entgegenkommen zur Abschaffung der Maigesetze, die Kirche sei aber erst dann befriedigt, wenn man ihr alle ihre Rechte und Freiheiten zurückgibt und solle sich die preussische Regierung offen darüber entscheiden, ob sie die Politik der Rechte oder der Revolution wolle.“ Ähnlich spricht sich auch die klerikale Germania aus und meint dazu noch spöttlich: der Erfolg habe ja bewiesen, was die veraltete Diplomatie der päpstlichen Kurie noch werth sei. —

Ueber diese neueste Phase der Kirchenfrage werden wohl Vielen die Augen aufgehen, denn man erblickt jetzt nur zu deutlich als Wirkung der entgegenkommenden Haltung der preussischen Regierung die Steigerung der päpstlichen Ansprüche und den immer noch vollständigen Mangel irgend eines Zugeständnisses des Papstes, wonach auch in Preußen die Regierung an der Beaufsichtigung der katholischen Seelsorge einen bescheidenen Antheil haben und die katholische Kirche nicht Staat im Staate sein soll.

## Kinderindustrie.

Wir meinen damit nicht das Strohhlechten oder Etiquetteneinnähen, die Aufwartung, das Bleihüten und ähnliche Beschäftigungen, die von Kindern unserer nächsten Umgebung zum Zwecke des Erwerbs ergriffen zu werden pflegen, überhaupt keine solchen, bei welchen die jugendlichen Kräfte einer Aufsicht und Controle seitens der Auftraggeber unmittelbar unterworfen sind. Wir möchten vielmehr die Aufmerksamkeit auf eine Industrie lenken, die sich bei uns seit der größeren